

Herwig Birg

Deutschlands Ausstieg aus seiner demographischen Zukunft

Deutschland hat nach der Katastrophe von Fukushima die Wende zum Atomausstieg eingeleitet. Es war klug genug, aus dem Schaden anderer zu lernen. Ist das Land auch dazu fähig, um aus seiner demographischen Entwicklung die richtigen Schlüsse zu ziehen? Schon lange vor dem Atomausstieg vollzog sich in Deutschland eine Art Demographie-Ausstieg, der alles übertrifft, was man sich unter dem Begriff Politikversagen vorstellen kann.

Deutschland ist das erste Land der Welt, das nach dem Durchlaufen der Phase des sogenannten „Demographischen Übergangs“ aus dem Jahrhunderte währenden Bevölkerungswachstum in die Phase der Schrumpfung eintrat. Als „Demographischer Übergang“ wird in der Bevölkerungswissenschaft der Wechsel von einer vorindustriellen „Wirtschafts- und Bevölkerungsweise“ mit hohem Bevölkerungswachstum zu einer industriellen Wirtschafts- und Bevölkerungsweise mit niedriger Wachstumsrate bezeichnet. In Deutschland war die Wachstumsrate jedoch nach dem Durchlaufen des Übergangs nicht nur niedrig, sie wurde negativ. Schon der Jahrgang 1905 war der erste Geburtsjahrgang, der weniger Kinder hatte als zur Bestandserhaltung der Bevölkerung nötig sind. Seit 1972 sterben jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden. Die besten Bücher zur Erklärung dieser Vorgänge stammen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Der demographische Wandel ist seit über 100 Jahren im Gange, und er nimmt immer mehr Fahrt auf.

Die Schere zwischen der Zahl der Geburten und Sterbefälle öffnet sich seit 1972 mit mathematischer Notwendigkeit jedes Jahr weiter, auch in den kommenden Jahrzehnten – eine zwingende Logik, weil im-

mer weniger Kinder geboren werden, die als potentielle spätere Eltern ihrerseits Kinder zur Welt bringen könnten. Im Jahr 1946 betrug die Geburtenzahl 920.000. Im Jahre 2010 waren es noch 678.000, und nach den erwiesenermaßen realistischen Vorausberechnungen der Demographie werden es im Jahr 2060 noch 408.000 und 2080 noch 358.000 sein.

An dem Abwärtstrend änderte sich auch nichts durch die in Deutschland lebenden 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Trotz ihrer ebenfalls niedrigen Kinderzahl pro Frau von 1,6 gegenüber 1,4 für die Bevölkerung insgesamt ist bei ihnen die Zahl der Geburten zwar derzeit noch höher als die der Sterbefälle. Aber dies beruht nur darauf, dass die meisten Zuwanderer zu den für die Geburtenzahl günstigen Altersgruppen um die 30 Jahre gehören, in denen die Wahrscheinlichkeit für eine Geburt um ein Vielfaches höher ist als beispielsweise im Alter Anfang 20 oder Ende 30. Ihr positiver, aber tendenziell fallender Geburtenüberschuss ist zu klein, um das zunehmende Geburtendefizit der Gesamtbevölkerung auszugleichen.

Das Bild Deutschlands hatte sich in der Geschichte des 20. Jahrhunderts verdunkelt. Es hätte sich vielleicht wieder aufhellen können, wenn es Deutschland gelungen wäre, seiner Vorreiterfunktion als erstes, nach dem demographischen Übergang dauerhaft schrumpfendes Land der Welt durch eine einflussreiche Modernisierungspolitik gerecht zu werden, um Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich an die „Demographische Zeitenwende“ (H. Birg, 2005) anzupassen. Dies war schon einmal gelungen: Das durch Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts eingeführte, weltweit erste System der kollektiven Renten-, Kranken- und Unfallversicherung diente anderen Ländern im 20. Jahrhundert als wichtige Orientierung und Vorbild.

Im Jahr 2005 erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mein Artikel mit der Überschrift „Dreißig Jahre nach zwölf“. Für manche Leser mag die Überschrift übertrieben klingen, aber sie ist es leider nicht. Denn wenn man einen demographischen Prozess wie den Geburtenrückgang, der zeitgleich mit den Bismarck'schen Sozialreformen einsetzte, ein Vierteljahrhundert laufen lässt, dauert es ein Dreiviertel-

jahrhundert, um ihn zu stoppen. Heute lässt sich zusammenfassend feststellen: Die demographische Entwicklung Deutschlands wird mit noch größerer Wahrscheinlichkeit als der Prozess der Staatsverschuldung in einer Sackgasse enden. Dabei ist die Staatsverschuldung hierzulande ebenso wie in Griechenland und in anderen hoch verschuldeten Ländern zu einem erheblichen Teil demographisch bedingt: Die steigenden Ausgaben für die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung werden hier wie dort zum großen Teil mit Krediten zu Lasten künftiger Generationen finanziert. Die Kinder, die die Kredite zurückzahlen müssten, wurden und werden jedoch nicht mehr geboren.

Deutschland ist zwar das erste Land der Welt, in dem die Bevölkerungszahl nach dem Durchlaufen des demographischen Übergangs wegen einer niedrigen Geburtenrate dauerhaft zurückgeht, aber auch in allen anderen Ländern nahm die Geburtenrate stark ab: Im Durchschnitt der Weltbevölkerung halbierte sich die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau von 1950 bis 2010 von 5,0 auf 2,5. In Zukunft sind weitere Abnahmen zu erwarten, so dass die lange Wachstumsphase der Weltbevölkerung wahrscheinlich um das Jahr 2070 enden und in die neue Phase der Schrumpfung übergehen wird.

Für die Industrieländer und zunehmend auch für die Schwellenländer lässt sich die Vielzahl der Gründe, die die stetige Abnahme der Geburtenrate bewirkt haben, auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Der Übergang zur Elternschaft durch die Geburt eines Kindes wirkt sich als eine langfristige biographische Festlegung im Lebenslauf in nicht vorhersehbarer Weise auf die gesamte spätere Biographie der Eltern aus. Dabei sind langfristige biographische Festlegungen in dynamischen Wirtschaftsgesellschaften wesentlich risikoreicher als in statischen.

Je rascher und tiefgreifender sich die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten der Lebensverläufe ändern, desto größer ist die Zahl der durch eine langfristige Festlegung nicht mehr erreichbaren Optionen und Alternativen im Lebenslauf. Das „biographische Universum“ – der Möglichkeitsraum vorgestellter oder tatsächlicher Lebensläufe – hat sich seit der Industrialisierung ex-

plosionsartig erweitert, und im gleichen Maß nahmen auch die Risiken biographischer Festlegungen zu.

Die durch eine Festlegung entgangenen Lebenslaufalternativen werden in der Theorie des Geburtenrückgangs in Analogie zum Begriff der ökonomischen Opportunitätskosten als „biographische Opportunitätskosten“ bezeichnet. Unter den ökonomischen Opportunitätskosten versteht man in der Bevölkerungsökonomie die Summe der entgangenen Einkommen, die eine Frau als Konsequenz für die Geburt eines Kindes hinnehmen müsste, wenn Erwerbsarbeit und Kindererziehung nicht oder nicht ausreichend miteinander vereinbar sind. Dabei wird oft übersehen, dass es nicht damit getan ist, die ökonomischen Opportunitätskosten durch familienpolitische Maßnahmen wie eine bessere Kinderbetreuung zu senken, denn die biographischen Opportunitätskosten bleiben davon unberührt.

Um die biographischen Festlegungsrisiken zu umgehen, wird die Realisierung von Kinderwünschen im Lebenslauf immer weiter hinausgeschoben. Die Konsequenz ist, dass Kinder später oder gar nicht mehr geboren werden und die Geburtsjahrgänge der Eltern zu einem immer größeren Prozentsatz lebenslang kinderlos bleiben. Bei den nach 1965 geborenen deutschen Frauen beträgt der Prozentsatz der zeitlebens Kinderlosen in den alten Bundesländern rund ein Viertel bis ein Drittel, in den neuen Bundesländern ist der Anteil mit 11 Prozent noch deutlich niedriger – eine Auswirkung der Familien- und Sozialpolitik in der früheren DDR.

Zwei Weltkriege, eine Hyperinflation, zwei Diktaturen und die vier Jahrzehnte währende Teilung des Landes mit dem darauf folgenden abrupten Wechsel des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ließen das 20. Jahrhundert mit seinem ständigen Zwang zum Neubeginn, zum Wiederaufbau und zur Neuorientierung zu einem permanenten Ausnahmejahrhundert ohne Ruhe und Normalität werden. Der Wille zum sozialen Aufstieg und die Notwendigkeit zur beständigen Selbstbehauptung wurden für die Deutschen zur zweiten Natur, sie brachten ein Verhalten hervor, das sich stärker als in anderen Ländern am Prinzip der Konkurrenz und des Wettbewerbs orientierte, wobei

das Bedürfnis nach Sicherheit im gleichen Maße stieg, in dem die biographischen Festlegungsrisiken zunahmen.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass sich die Gesellschaft in Deutschland in zwei Populationen spaltet: Bei der einen hat die zur Anpassung an die Dynamik des Arbeitsmarktes erforderliche soziale und biographische Mobilität zur Folge, dass die Menschen zeitlebens kinderlos bleiben. Bei den anderen, die Kinder haben, zeigt sich Folgendes: Je höher die Kinderzahl in einer Familie bereits ist, desto geringer sind die zusätzlichen Opportunitätskosten durch eine Festlegung für ein weiteres Kind und desto größer ist (unter sonst gleichen Umständen) die Wahrscheinlichkeit für eine weitere Kindgeburt. Dies äußert sich beispielsweise darin, dass nicht die Ein-Kind-Familie der häufigste Familientyp in Deutschland ist, sondern die Zwei-Kinder-Familie.

Seit der Finanzkrise ist die Unsicherheit der Lebensbedingungen als eine zentrale Systemeigenschaft unserer modernen Lebenswelt endgültig offenbar geworden. Die Deutschen konnten schon vor Ausbruch der Finanzkrise in der Zeitung lesen: „Wir müssen den Menschen sagen, dass sie in einer Lotterie leben“, mahnte der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Paul Samuelson, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (15. März 2006). Kann man unter diesen Lebensbedingungen erwarten, dass sich junge, urteilsfähige Menschen langfristig binden und Kinder haben?

Bei diesen Überlegungen war von Werten und vom Wertewandel als möglichen Erklärungsursachen des Geburtenrückgangs bisher nicht die Rede. Die Welt der Werte ist ein wichtiges Erklärungsmoment, aber sie ist mit anderen Faktoren in der Welt der Fakten auf höchst komplizierte Weise verwoben, insbesondere mit den angestrebten Lebensbedingungen eines hohen Wohlstands, so dass die Werte als einzelne Einflussfaktoren in einer Ursachenanalyse nicht ohne Weiteres isoliert werden können.

Die unabdingbare Voraussetzung für hohen Wohlstand und Wirtschaftswachstum ist eine permanente Steigerung der Arbeitsproduktivität, was zwangsläufig eine hohe Dynamik der Arbeitsmärkte und damit eine geringe Arbeitsplatzsicherheit nach sich zieht. Die wirt-

schaftlichen Tugenden der Mobilität und Flexibilität und die für die Gründung von Familien entscheidenden Voraussetzungen der biographischen Planungssicherheit, einschließlich der Tugenden und Werte der Stabilität, Verlässlichkeit und Bindungstreue, schließen sich meist gegenseitig aus.

Man kann entweder die Gesellschaft den wirtschaftlichen Erfordernissen anpassen und als Konsequenz eine niedrige Geburtenrate in Kauf nehmen. Dann ergibt sich das weltweit zu beobachtende „demographisch-ökonomische Paradoxon“: Die Menschen leisten sich um so weniger Kinder, je mehr sie sich auf Grund ihres Einkommens eigentlich leisten könnten. Oder man kann – vielleicht nur in der Theorie – die Wirtschaft um die Bedürfnisse der Familien herum aufbauen. Die Frage nach den Werten kommt also insbesondere dann ins Spiel, wenn entschieden wird, welches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in einem Land gelten soll. Aber wenn sich die Systemfrage nicht stellt oder schon entschieden ist, scheint für die Welt der Werte nur noch in der privat-persönlichen Sphäre Raum zu sein.

Das alles ist bekannt. Deshalb konnte es niemanden überraschen, als das Statistische Bundesamt in seiner Pressemitteilung vom 3. August 2011 meldete, die Zahl der Kinder unter 18 Jahren sei in den letzten zehn Jahren stark zurückgegangen. In den alten Bundesländern betrug der Rückgang 10 Prozent, in den neuen 29 Prozent. In einem erklärenden Zeitungskommentar hatte ich dazu festgestellt:

„Die aufregendste Nachricht für unsere Zukunft ist die folgende Meldung des Statistischen Bundesamtes: Die Zahl der Kinder unter 18 Jahren sank von 2000 bis 2010 um 2,1 Millionen. ‚Der rückläufige Trend wird sich weiter fortsetzen‘. Deutschland taumelt auf einer schiefen Ebene nach unten, weil die Eltern, die eine stabile Entwicklung herbeiführen könnten, gar nicht erst geboren wurden.

Der Staat gibt jährlich über 100 Milliarden Euro für Kindergeld, Erziehungs- bzw. Elterngeld oder Kinderbetreuung usw. aus. Trotzdem ist die Geburtenrate mit 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau seit 40 Jahren unverändert. Ein internationaler Vergleich zeigt: Die Menschen leisten sich umso weniger Kinder, je mehr sie sich auf Grund

ihres Einkommens eigentlich leisten könnten. Mehr Wohlstand bedeutet weniger Kinder.

Von der falsch konstruierten deutschen Sozialversicherung profitieren die am meisten, die keine Kinder haben. Das Bundesverfassungsgericht forderte vergeblich eine Änderung des gesetzwidrigen Zustands. Ein neuer Ansatz wäre, freie Arbeitsplätze bei gleicher Qualifikation bevorzugt an Eltern zu vergeben. Der Staat müsste damit beginnen, die Wirtschaft würde – so ist zu hoffen – aus Einsicht folgen. Sie hätte sonst, wie das ganze Land, keine Zukunft.“ (*Die Welt* vom 6. August 2011)

Diese Einsichten waren auch schon vor 30 Jahren verfügbar, deshalb war der erwähnte Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit „Dreißig Jahre nach zwölf“ überschrieben. Das Thema lag schon lange in der Luft, als der frühere Bundespräsident Horst Köhler im Jahr 2005 eine Serie von Demographie-Konferenzen initiierte. In einer Pressemitteilung zur Auftakt-Konferenz „Demographischer Wandel“ fragte er sinngemäß, ob wir vielleicht mit 60 Millionen Einwohnern wesentlich besser leben könnten als mit 80 Millionen Einwohnern.

Meine Antwort ist: Es lebt sich nicht besser, sondern erheblich schlechter, weil die Schrumpfung automatisch eine starke Alterung der Bevölkerung nach sich zieht, die das Soziale Sicherungssystem funktionsunfähig werden lässt, das Wirtschaftswachstum verringert und die verfügbaren Arbeitseinkommen schmälert. Die Folgen sind ein zunehmender ökonomischer Verteilungsstress und schärfer werdende gesellschaftliche Konflikte, und zwar erstens zwischen den alten und jungen Generationen, aber auch zweitens innerhalb jeder alten und jeder jungen Generation zwischen Menschen mit oder ohne Nachkommen – nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2001 ist beispielsweise die Pflegeversicherung wegen der Privilegierung kinderloser Menschen grundgesetzwidrig, drittens zwischen Regionen, die ihre Entwicklungsbedingungen durch Zuwanderungen auf Kosten anderer Regionen stabilisieren und damit das Verfassungsgebot zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Bundesgebiet unterlaufen, viertens zwischen Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund, weil Migranten

auf Grund ihrer im Durchschnitt wesentlich geringeren schulischen und beruflichen Qualifikationen zu einem dreimal so hohen Anteil von Sozialtransfers leben wie die Menschen ohne Migrationshintergrund.

In der Rede des Bundespräsidenten heißt es weiter: „Vielleicht sind die viel beschworenen demographischen Probleme gar keine Probleme, sondern viel mehr auch Lösungen – für andere Probleme wie Umweltverschmutzung zum Beispiel.“

Die Vorstellung, dass die Umwelt vom Bevölkerungsrückgang automatisch profitiert, stimmt nicht. So nimmt die Zahl der Haushalte bei einer schrumpfenden Bevölkerung sogar zu, statt abzunehmen, weil sich die Zahl der Personen pro Haushalt durch Scheidungen und andere demographische Gründe verringert. Unter dem Strich wird die Umwelt beispielsweise durch eine höhere Zahl von Wohnungen, die geheizt werden müssen, und durch eine höhere Zahl von Kraftfahrzeugen bei schrumpfender Bevölkerung stärker belastet als bei konstanter. Dann folgt ein besonders wichtiger Satz:

„Vielleicht ist die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland und vielen anderen Ländern sogar ein Ausgleich für das Wachstum der übrigen Weltbevölkerung.“

Kann man sich vorstellen, dass der oberste Repräsentant eines anderen Landes außer Deutschland, dessen Bevölkerung schrumpft, öffentlich darüber nachsinnt, ob es nicht „vielleicht“ sogar gut sei, dass die Bevölkerung des eigenen Landes abnimmt – als Ausgleich für das Wachstum der Weltbevölkerung? Deutschland hat nur noch einen Anteil von 1,3 % an der Weltbevölkerung – Tendenz abnehmend. Selbst wenn es ganz aufgehörte zu existieren, würde das Wachstum der Weltbevölkerung (der jährliche Zuwachs beträgt 78 Millionen) nach wenigen Monaten weitergehen, als wäre nichts geschehen, nur die deutsche Entwicklungshilfe würde entfallen. Das wichtigste Problem der Schrumpfung wird jedoch in der Rede gar nicht angesprochen: Sie ist ein Prozess, der sich nicht einfach anhalten lässt, wenn die Politik glaubt, es sei jetzt genug.

Die folgenreichste Wirkung der Politik auf dem Gebiet der Demographie besteht in Deutschland darin, dass sie es erreicht hat, unsere demographische Jahrhundertkatastrophe als eine „Chance“ erscheinen

zu lassen. Wer beobachtet, wie die politische und gesellschaftliche Elite Deutschlands den sogenannten demographischen Wandel instrumentalisiert, beginnt zu verstehen, wie ein kulturell so hoch stehendes Land wie Deutschland von seinen Eliten immer wieder im Stich gelassen werden konnte.

Wenn man die dahindämmernden, langsam sterbenden Dörfer und Städte im Osten Deutschlands und zunehmend auch im Westen erlebt, braucht man besondere Fähigkeiten, um angesichts ihres demographischen Elends von den Chancen der Entleerung und Alterung oder gar – wie im Demographie-Diskurs in Sachsen-Anhalt – vom „Luxus der Leere“ zu reden. Es ist ein merkwürdiger Luxus, wenn man Wohnungen und Häuser, die niemand mehr braucht, nicht nur nicht vermieten, sondern nicht einmal mehr verschenken kann und wenn man in die nächste Stadt fahren muss, weil es am Ort keine Einkaufsmöglichkeiten, keinen Arzt und nur noch „Leere“ gibt.

Die Entleerung ist für mindestens zwei Generationen unumkehrbar – es sei denn, dass gewaltige Einwanderungsströme das wachsende Geburtendefizit ausgleichen. Sind Einwanderungen eine Lösung unserer demographischen Probleme? Qualifizierte Einwanderer können Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt vorübergehend entschärfen, aber nicht auf Dauer lösen. Insbesondere das ständig wachsende Verhältnis von Rentnern zur Altersgruppe der Erwerbspersonen (=Altenquotient), das sich bis zum Jahr 2050 verdoppelt haben wird, kann durch Einwanderungen Jüngerer nicht stabilisiert werden.

Das Bevölkerungsinstitut der Vereinten Nationen in New York hat für Deutschland berechnet, dass zur Stabilisierung des Altenquotienten auf dem Niveau von beispielsweise 1995 ein Überschuss der Einwanderungen über die Auswanderungen von 188(!) Millionen Menschen bis zur Jahrhundertmitte erforderlich wäre. Grund: Einwanderer sind zwar zum Zeitpunkt ihres Zuzugs in der Regel noch jung, aber je mehr von ihnen ins Land kommen, desto stärker tragen sie beispielsweise nach 40 Jahren selbst zur Erhöhung des Altenquotienten bei. Ihre höhere Geburtenrate reicht also bei weitem nicht aus, um die zunehmende Alterung zu stoppen.

Vor allem darf beim Thema Einwanderung nicht länger darüber hinweggesehen werden, dass durch die gedankenlose, seit 40 Jahren praktizierte Kompensation unseres Geburtendefizits durch Einwanderungen ein neuer demographischer Kolonialismus etabliert wurde, der für die Herkunftsländer im Osten Europas katastrophale Folgen hat, zumal ihre Geburtenrate ebenso niedrig oder noch niedriger ist als die Deutschlands.

Bei der Frage der Einwanderung sind auch kulturelle Werte berührt. Hätte Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit die Formulierung gewählt: „Die in Deutschland lebenden Muslime sind Teil unserer Gesellschaft“ – niemand hätte sich darüber erregt, denn diese ist einfach wahr. Er sagte jedoch: „Der Islam gehört zu Deutschland“, und das ließ aufhorchen.

Es kommt hier nicht darauf an, ob man es für möglich oder wahrscheinlich hält, dass Deutschland in Zukunft vielleicht einmal mehrheitlich von Muslimen bewohnt wird. Wichtig ist jedoch, sich die Frage zu stellen, ob in einem mehrheitlich von Muslimen bewohnten Deutschland ein dann wahrscheinlich muslimischer Bundespräsident in Analogie zu Christian Wulff sagen würde: Das Christentum gehört zu Deutschland. – Das wäre wohl unmöglich, denn die wichtigste Eigenschaft des Islam ist, dass er nicht zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und Religion andererseits trennt. Deshalb würden Moslems das Christentum vielleicht als einen zu tolerierenden Teil ihres islamischen Staates betrachten, mehr aber auch nicht. In einem islamischen Deutschland hätte das Christentum, wie es von Christen verstanden wird, keinen rechten Platz.

Deshalb würde ein kluger, muslimischer Bundespräsident wahrscheinlich die unverfängliche Formulierung wählen: „Die in Deutschland lebenden Christen sind Teil unserer Gesellschaft“. Er würde wohlweislich nicht in Analogie zu Christian Wulff sagen: „Das Christentum ist ein Teil Deutschlands“.

Der einzige Ausweg aus der demographischen Sackgasse ist die Anhebung der Geburtenrate, nicht die Einwanderung aus Ländern mit den gleichen demographischen Problemen. Dafür stehen folgende Maßnahmen bereit:

1. Die wohl wichtigste Maßnahme ist die Beendigung der vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig verurteilten Verletzung des Familienschutzes (Art. 6 Abs. 1 GG, sogenanntes „Trümmerfrauenurteil“ vom 7.7.1992). Auch im Urteil zur Pflegeversicherung vom 3.4.2001 hat das Bundesverfassungsgericht einige dem Ziel der Familiengerechtigkeit dienende Reformen bei der Beitragsfestsetzung in der gesetzlichen Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung gefordert, die bisher von der Politik nicht ausreichend oder überhaupt nicht umgesetzt wurden.
2. Zu den weiteren Maßnahmen gehören Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter mit gut ausgebildeten Fachkräften, wie dies beispielsweise in Frankreich (Écoles maternelles) oder skandinavischen Ländern der Fall ist.
3. So wie in Deutschland diejenigen in verfassungswidriger Weise von Kindern profitieren, die keine haben, so profitieren die Landeshauptstädte, Oberzentren und Metropolregionen von den Zuzügen der jungen, gut ausgebildeten Menschen aus ländlichen oder peripheren Regionen. Um diese demographische Ausbeutung zu beenden, muss der Finanzausgleich auf allen Ebenen durch Berücksichtigung von demographischen Indikatoren neu konzipiert werden. Am besten geschähe dies im Rahmen einer neuen „Gemeinschaftsaufgabe Demographiepolitik“, wie es in der Verfassung vorgesehen ist.
4. Anzustreben ist eine stärkere Konzentration der staatlichen Ehe- und Familienförderung auf die Erziehung von Kindern statt auf den formalen Status der Ehe.
5. Besonders wichtig und wirksam wäre die vom Verfasser vorgeschlagene Einräumung eines Vorrangs für Eltern bei freien Arbeitsplätzen im Falle gleich qualifizierter Bewerber. Dies wäre keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, vielmehr würde dadurch das Gleichheitsgebot erst erfüllt. Denn aus rechtlicher Sicht wird das Gleichheitsgebot gerade dann verletzt, wenn ungleiche Sachverhalte unterschiedslos gleich behandelt werden. Die Umsetzung des Prinzips „Vorrang für Eltern“, die Kinder erziehen oder andere Familienlasten tragen, beispielsweise Angehörige pflegen, lässt sich zwar recht-

lich nicht erzwingen, weil seine Einhaltung nur schwer kontrolliert werden kann. Aber wesentlich erfolgversprechender wäre ohnehin eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen, allen voran der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst.

6. Zusätzlich zu den existierenden Frauenquoten sollten Mütterquoten eingeführt werden, um die gravierende Doppelbelastung vieler Frauen durch Familien- und Erwerbsarbeit besser zu berücksichtigen.
7. Quer über alle im Bundestag vertretenen Parteien wird die Einführung eines aktiven Wahlrechts durch die Eltern für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder diskutiert. Der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof stellte dazu fest: „Die Demokratie folgt dem Prinzip: Ein Mensch – eine Stimme. Ein Kind ist ein Mensch, sogar der Mensch, der von den politischen Grundsatzentscheidungen – über Friedenspolitik, Umweltschutz, Bildungssysteme, Generationenvertrag, Staatsverschuldung – noch länger betroffen ist als die bisher Wahlberechtigten ... die fehlende Fähigkeit, ein Recht auszuüben, hindert nicht die Berechtigung. Wie ein Säugling Eigentümer sein kann, in seinen Eigentumsrechten aber von seinen Eltern vertreten wird, so könnte ein Kind auch wahlberechtigt sein ...“

Der demographische Leidensdruck ist in der Betriebs- und Volkswirtschaft angekommen. Er hat einen neuen Wirtschaftszweig entstehen lassen: Für die Beratung von Betrieben bei der Lösung ihrer Personalprobleme werden an eigens dafür gegründeten Lehrstätten Hunderte von „Demographieberatern“ ausgebildet – mit zertifiziertem Abschluss und staatlicher Anerkennung, versteht sich. Auch die großen Stiftungen in Deutschland haben aus dem Thema Demographie neue Geschäftsideen entwickelt – steuerlich gefördert. Die Demographie-Kongresse lösen einander ab wie die Modemessen. Die Gemeinden Deutschlands stehen nicht zurück, sie überbieten sich gegenseitig mit einer Fülle von Modernisierungsprojekten und Maßnahmen zur Anpassung ihrer Infrastruktur an die rückläufigen Einwohnerzahlen.

Alle diese Aktivitäten haben in erster Linie eine Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an die Folgen von Alterung, Schrumpfung

und Einwanderung zum Ziel. Nirgendwo spürt man ein Interesse, sich mit den Ursachen des demographischen Niedergangs auseinanderzusetzen, um das demographische Problem an der Wurzel anzupacken. So kommt auch niemand auf die Idee, neben der vom demographischen Wandel erzwungenen Anpassungspolitik eine Stabilitätsstrategie zu entwickeln, um die demographische Stabilität langfristig wiederzugewinnen. Die dafür notwendigen Maßnahmen für eine Erhöhung der Geburtenrate werden nicht einmal diskutiert, geschweige denn umgesetzt.

Die drei Lehrstühle für Bevölkerungswissenschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg vom Beginn der achtziger Jahre an den Universitäten in Bamberg, Bielefeld und Berlin von der Politik neu gegründet wurden (damals hatte Deutschland die niedrigste Geburtenrate der Welt), sind von den gleichen Politikern seit Bekanntwerden der demographischen Probleme in der Öffentlichkeit bei Gelegenheit der Emeritierung der Lehrstuhlinhaber am Anfang des 21. Jahrhunderts eilig wieder abgeschafft worden.

Was die Wissenschaft zu den Ursachen herausgefunden hatte, passte den meisten Politikern überhaupt nicht ins Konzept. Was lag da näher, als die Lehrstühle mit ihren unbequemen Forschungsergebnissen einfach wieder aufzulösen und die finanziellen Mittel für Fächer wie Gender Mainstreaming, Frauenforschung oder andere wichtige Forschungsgebiete zu verwenden?